Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsholung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 5.25 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 229. Freitag den 30. September 1921. 80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Der Plan über die **Auslegung eines Fernsprecherdkabels in Weistropp**, in der Gemeindestraße von Weistropp nach Hühndorf, liegt beim Postamte Dresden-N. 24 vom 5. Oktober ab 4 Wochen aus.

Dresden-N. 6, den 26. September 1921. **Telegraphenbauamt 2.**

Kleine Anzeigen haben im „Wilsdruffer Tageblatt", das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zwischen Deutschland und Österreich ist ein Abkommen zum Abschluß gelangt, das volle Freizügigkeit im Bezug der Hochschulen des deutschen Sprachgebiets zur Tatsache macht.

* Die Rheinzollgrenze soll am 1. Oktober endgültig aufgehoben werden.

* Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags nahm das in den Berliner Verhandlungen geschaffene Kompromiß zu den Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August 1921 und den Ausnahmezustand in Bayern an.

* Der Münchener Polizeipräsident Pöhner ist nach dem Zustandekommen der Verständigung Bayerns mit dem Reich zurückgetreten.

* An der Berliner Börse wurde der Dollar Mittwoch mit 128 Mark im freien Verkehr bezahlt.

* Die Interalliierte Kontrollkommission berichtet nach London, daß die deutsche Entwaffnung vollendet und die Aufgabe der Kommission im wesentlichen erledigt ist.

* In Neustrelitz starb im Alter von 67 Jahren Engelbert Humperdinck, der Komponist der Oper „Hänsel und Gretel".

* Wegen der westungarischen Frage und wegen der Verzögerung der Erledigung der Gesetzentwürfe über die Anglo- und die Länderbank dürfte die Regierung Schober in Österreich zurücktreten.

Friede mit Bayern.

Was dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten des zweitgrößten deutschen Einzelstaates, Herrn v. Kahr, nicht gelingen wollte, das ist seinem Nachfolger, dem Grafen Lerchenfeld, scheinbar spielend in den Schoß gefallen. Sowohl seine Verhandlungen in Berlin wie sein erstes Auftreten im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages haben rasch und mühelos zum Ziele geführt, und heute kann man sagen, daß, von einer, wie man hoffen darf, geringfügigen Unebenheit abgesehen, zwischen Berlin und München ein vollkommenes Einverständnis erzielt worden ist.

Wenn man es kurz fassen will, so haben die Bayern in der Personenfrage, die Reichsinstanzen dagegen in der Sache wesentliche Zugeständnisse gemacht. Herr v. Kahr hätte vielleicht auch seinen Namen unter das jetzt vereinbarte Kompromiß setzen können. Dann wäre aber die leidige Konfliktsstimmung nicht aus den Gemütern gewichen und vielleicht heute und morgen schon Grund zu neuen Beschwerden gegeben gewesen. Und die Reichsinstanzen wiederum wären Herrn v. Kahr vielleicht auch nicht soweit entgegengekommen, wie sie es dem Grafen Lerchenfeld gegenüber getan haben. So hat man sich hüben und drüben zu Opfern entschlossen, da nur noch mit ihrer Hilfe ein offener Reichskonflikt zu vermeiden war. Nach Herrn v. Kahr und Dr. Roth ist nun auch noch der Münchener Polizeidirektor v. Pöhner vom Schauplatz abgetreten. Die Bahn ist also frei für die neue Politik, zu der sich die maßgebenden Leute in Bayern entschließen mußten.

Wie hat man nun den Weg zur Verständigung gefunden? Den ersten Schritt hat die Reichsregierung getan, indem sie sich zur Umänderung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 29. und der Ausführungsbestimmungen vom 30. August bereiterklärte. Die prinzipielle Gegenleistung für Bayern besteht darin, daß auch die Verordnung über den bayerischen Ausnahmezustand außer Kraft gesetzt wird. Das sollte, nach den letzten Berliner Vereinbarungen, mit Wirkung vom 15. Oktober geschehen. Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat statt dessen beschlossen, daß es dem pflichtmäßigen Ermessen der bayerischen Staatsregierung überlassen bleiben sollte, zu beurteilen, wann sie den angemessenen Zeitpunkt für gegeben erachte. Das ist die kleine Unebenheit, von der oben die Rede war. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sie zu sachlichen Schwierigkeiten führen wird. Man wollte auf diese Weise nur die Verantwortung der bayerischen Staatsregierung für die Aufhebung des Ausnahmezustandes auch nach außen hin deutlich festnageln, um nicht die Auffassung aufkommen zu lassen, daß ihr ein solcher Entschluß von Berlin her aufgenötigt werde. Wenn keine Verschlechterung der allgemeinen Lage eintritt, dürfte Graf Lerchenfeld wohl in der Lage sein, bis zum 15. Oktober die Ausnahmeverordnung aufzuheben. Das um so eher, als zwischen Berlin und München ausdrücklich Übereinstimmung darüber festgestellt worden ist, daß die Landesregierungen nach Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung nach wie vor berechtigt sind, bei Gefahr im Verzuge auch weiterhin einstweilige Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verordnung des Reichspräsidenten hinausgehen, und die Reichsregierung hat ausdrücklich zugesagt, solchen Maßnahmen gegenüber, wenn sie notwendig werden sollten, eine loyale Haltung einzunehmen.

Die neu zu formulierende Verordnung des Reichspräsidenten soll nun in drei wesentlichen Punkten von der Verordnung vom 29. August abweichen. Einmal soll ihr Schutz, soweit Personen in Frage kommen, nicht nur wie bisher Vertretern der republikanisch-demokratischen Verfassung zugesagt werden, sondern ganz allgemein „Personen des öffentlichen Lebens". Zweitens wird die Zuständigkeitsfrage im Paragraphen 4 so geregelt, daß die Staatshoheit der Einzelländer unbedingt gewahrt bleibt. Zuständig für Verbote von Druckschriften und Versammlungen sind fortan die Landeszentralbehörden. Sie können allerdings vom Reichsminister des Innern um den Ausspruch eines Verbots oder einer Beschlagnahme ersucht werden. Wird einem solchen Ersuchen nicht Folge geleistet, so ist der Reichsminister des Innern davon innerhalb zweier Tage zu verständigen und gleichzeitig die Entscheidung des Reichsratsausschusses anzurufen. Dessen Entscheidung ist dann allerdings für die Landeszentralbehörden unbedingt maßgebend. Der dritte Punkt, in dem den bayerischen Wünschen Rechnung getragen wird, ist die Beschwerdefrage. Auch hier wird die Zuständigkeit der Landeszentralbehörden wirksam gewahrt.

Aufhebung der Rheinzollgrenze.

Ende dieser Woche.

An zuständigen Stellen nimmt man jetzt bestimmt an, daß nunmehr das Ende der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein, die so schwer auf dem Wirtschaftsleben der betroffenen Gebiete wie ganz Deutschlands lasteten, gekommen seien.

Die Radio-Agentur verbreitet aus Paris eine Meldung, wonach die Rheinzollgrenze in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend aufgehoben werden soll. „Echo de Paris" bemerkt dazu, daß lebhafte Verhandlungen darüber im Gange seien, um Frankreich vor der Aufhebung der Sanktionen die notwendigen Garantien zu verschaffen, die ihm der Oberste Rat versprochen habe. Diese Garantien schienen Tatsache zu sein.

Der französische Ministerpräsident hat Dienstag den deutschen Botschafter Dr. Meyer empfangen. Bei dem Empfang sollen die letzten Formalitäten erledigt worden sein. Aus Berlin verlautet, daß allerdings eine Kontrollkommission eingesetzt werde, doch soll auf die deutschen Einwände über die Tätigkeit der Kommission in bezug auf Handelsspionage usw. möglichst Rücksicht genommen werden.

Rathenau über die deutschen Zahlungen.

München, 28. September.

Der Reichsverband der deutschen Industrie trat heute in München zu einer Tagung zusammen, die durch die auf ihr behandelten Fragen besondere politische Bedeutung erhielt.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Sorge trat dafür ein, daß man den Versuch machen müsse, die im Ultimatum eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Industrie sei bereit, ihre ausländischen Kredite zugunsten des Reichs nutzbar zu machen unter der Voraussetzung, daß sich an ihrer Aktion die Landwirtschaft, die Bankwelt und der Handel beteiligen, und daß die Regierung ihrerseits alles tue, um das Risiko der Zerstörung des letzten Restes unserer Wirtschaft zu verringern, namentlich indem sie endlich Ordnung in den Etat bringe. Die endlich einmal durchgreifende Finanzreform müsse sich ebenso auf die Ausgabewirtschaft als auf die Vermehrung der Einnahmen, namentlich durch Nationalisierung der Staatsbetriebe, erstrecken.

Nach kurzen Begrüßungsworten des neuen bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld und des Münchener Bürgermeisters ergriff

Wiederaufbauminister Dr. Rathenau

das Wort. Er verteidigte sich gegen das Gerücht, daß er gesagt habe, wir könnten zahlen, wenn wir nur wollten, und wandte sich gleichzeitig gegen diejenigen, die grundsätzlich behaupten, wir können nicht zahlen. Er sagte u. a.: „Die Zahlungen einzustellen, ist unmöglich. Wir müssen zur Restitution der Welt beitragen. Den Punkt, bis zu dem das möglich ist, müssen wir erreichen. Die restlose Erfüllung des Ultimatums würde die Welt wirtschaftlich noch viel schärfer treffen als uns selbst. Die Weltwirtschaft wird das „Unmöglich" sprechen." Rathenau trat dann für eine internationale wirtschaftliche Verständigung ein und begrüßte den Gedanken eines Weltwirtschaftskongresses.

Der Ersatz von Geld- durch Sachleistungen

sei das Problem der Gegenwart, denn der neuerliche Sturz unserer Währung habe die Unmöglichkeit bewiesen, unsere Reparationsverpflichtungen lediglich durch Devisen abzulösen. Auch könnten die nach dem Ultimatum eingeführten deutschen Bons nicht in Umlauf gesetzt werden. Diese Art der Finanzierung der Weltschulden sei gescheitert. Man nehme die Bons nicht einmal mit 50. Der einzige Weg, der bleibe, ist der der verständigen Aussprache. Es steht eine noch-

nochmalige Besprechung mit den Franzosen

bevor. Es handle sich um Leistungen in Höhe von sieben Milliarden im Laufe von viereinhalb Jahren. Frankreich könne nicht sofort voll zahlen. Wir werden der Bankier unseres Gläubigers. Besser sei, daß wir Papiermilliarden in die eigene Wirtschaft stopfen, als daß wir den Dollar in die Höhe treiben."

Währungskonferenz in London.

Teilnahme Deutschlands an den Beratungen.

Die Vorbereitungen für die Abhaltung der geplanten internationalen Währungskonferenz in London Anfang Dezember nehmen guten Fortgang. Die Konferenz wird von bekannten englischen Finanzautoritäten in die Wege geleitet, um die ganze Währungsfrage zu prüfen und ein Programm für die Maßnahmen zu entwerfen, durch die die Währungen der verschiedenen Länder wieder hochgebracht und die Goldwährung wiederhergestellt werden soll. Die Chefs der einzelnen Länder sind zur Entsendung von Delegierten aufgefordert worden. Zustimmend haben sich bereits die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden und Dänemark geäußert. Die Konferenz wird zwar keinen amtlichen Charakter tragen, es sind aber an ihr die maßgebenden Finanzkreise sowohl wie mit den Regierungen eng in Verbindung stehende Kräfte beteiligt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsch-dänische Verhandlungen.

Die deutsch-dänischen Verhandlungen, an denen die deutsche Delegation teilnimmt, und in denen seit Mitte Juni eine Pause eingetreten war, sind nunmehr in Kopenhagen wieder aufgenommen worden und dürften sich bei dem reichhaltigen Arbeitsstoff eine Zeitlang hinziehen.

Eine neue kommunistische Reichstagsfraktion.

Die bisherigen Angehörigen der „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands", die Abgg. Levi, Malzahn, Reich, Düwell, Geyer jr., Marie Wackwitz, Ernst Däumig und Adolf Hoffmann, haben sich im Reichstage zu einer eigenen Gruppe, der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, zusammengeschlossen. Diese Fraktionsbildung dürfte der Beginn zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich von Moskau unabhängig halten will. Es sind also jetzt im Reichstage zwei kommunistische Fraktionen, die sog. Leviten, die Gegner Moskaus sind und, wie oben aufgezählt, acht Mandate innehaben, ferner die bisherige Fraktion, die ungefähr doppelt so viel Mitglieder hat und zur Moskauer Internationale hält. Die bisherige Fraktion setzt sich wieder zusammen aus der „Kommunistischen Partei Deutschlands" und der „Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands".

Gesetzentwurf zum Schutz der Republik.

Dem Reichstag ist durch die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten ein Gesetzentwurf zum Schutz der Republik zugegangen. Dieser Entwurf dürfte, wie nach der Beratung des Ältestenausschusses des Reichstages anzunehmen ist, am Freitag mit zur Debatte gestellt werden. Verlangt wird u. a. Einziehung des Vermögens der früheren Landesherren, Einschränkung monarchistischer Propaganda, Änderung des Strafgesetzbuches in bezug auf die Thronfolge usw., Sicherung gegen Sondergerichte und anderweite Regelung der Justizpflege.

Nordamerika.

× **Wilsons Widerstand gegen die Friedensverträge.** Der fast verschollene ehemalige Präsident macht plötzlich wieder von sich reden. Der Senat der Vereinigten Staaten ist im höchsten Grade bestürzt über den Bericht, daß Expräsident Wilson einen Appell an die Senatsmitglieder gerichtet hat, worin er alle aufrechten Anhänger des Völkerbundes auffordert, gegen die neuen Verträge mit Deutschland und Österreich Stellung zu nehmen. Wilson hat seinen demokratischen Freunden persönlich auseinandergesetzt, daß die neuen Verträge tatsächlich einen Separatfrieden mit Deutschland und ein Verlassen der Verbündeten seitens Amerika bedeuten.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF